

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU

FPÖ-Brigittenau fordert zum Thema „Suchtgiftszene in der Brigittenau“ eine

BÜRGERVERSAMMLUNG



Kriege, Krisen und politischer Stillstand (Seite 2)

Post- und Bankenschließungen (Seite 2)

Bezirksparteitag der FPÖ-Brigittenau (Seite 3)

Festgesetzte Suchtgiftszene am Handelskai (Seite 4)

FPÖ-Brigittenau fordert Bürgerversammlung (Seite 5)

Forderte die Schließung der Feuerwache Brigittenau ihr erstes Todesopfer? (Seite 5)

Die heile Welt sieht anders aus (Seite 6)

Massenelendsquartiere des „neuen Wien“ (Seite 7)

WKR-Ball einmal anders (Seite 8)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Kriege, Krisen und politischer Stillstand, das provozierte Chaos!



Wie sehen Sie eigentlich die aktuellen politischen Zustände in der Welt, in Österreich oder in Wien? Wann haben Sie sich das letzte Mal über eine politische Entscheidung auf Bundes-, Landes-, oder Gemeindeebene gefreut? Welche Österreich betreffende Vorgabe der Europäischen Union finden Sie gut? Wie nehmen Sie die Situation am Arbeitsmarkt, im Bildungs- oder im Sozialbereich wahr? Sind Sie zufrieden? Fühlen Sie sich sicher?

Im Jänner 2013 hat sich die österreichische Bevölkerung per Votum zur allgemeinen Wehrpflicht bekannt, 18 Monate später ist unser Bundesherr handlungsunfähig und finanziell ruiniert. Warum vergreifen sich österreichische Banken am Steuergeld, wenn ausländische Risikogeschäfte schiefgegangen sind? Erzielte Gewinne jedoch werden stets einbehalten. Dem Hypo-Alpe-Adria-Deaster folgt nun die Volksbanken AG mit enormen Verlusten.

Hand aufs Herz, wissen Sie wirklich wer in den aktuellen Krisengebieten Ukraine oder Gaza die Aggressoren sind, oder haben Sie es nur gehört oder gelesen? Bei von Medien verbreiteten Informationen handelt es sich oft um Behauptungen, die von den Empfängern nicht überprüft werden können. Wir wissen nicht, ob es sich bei dem, was Zeitungen schreiben oder TV-Sender berichten, um die Wahrheit oder vielleicht doch nur um Propaganda handelt.

Wie war das mit dem hochgejubelten „Arabischen Frühling“ und vor allem, was ist daraus geworden? Woher kommen die vielen IS-Kämpfer, die mordend und brandschatzend durch die „befreiten“ Länder ziehen? Wieso ist Österreich zu einem Hort für Gotteskrieger mit Asylstatus geworden? Und warum bezieht kein Staat offiziell Stellung gegen die neue Christenverfolgung in Teilen der Welt, wobei speziell in Afrika reihenweise Christen abgeschlachtet werden? Was verursacht die Untätigkeit der Europäischen Union bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme nach Europa?

Es ist zu befürchten, dass viele Ereignisse auf der Welt aber auch in Österreich nicht passieren, sondern bewusst provoziert werden. Destabilisierung des Finanzmarktes, Arbeitslosigkeit, Durchmischung unterschiedlicher kultureller Auffassungen und Religionen, zerstören familiärer Strukturen, herabsetzen der Bildungsvermittlung (Unterrichtsverbot). Eine unzufriedene Bevölkerung lässt sich leichter manipulieren und aufstacheln.

In den letzten Wochen und Monaten wurde mit Sondersendungen und Ausstellungen über die letzten beiden Weltkriege berichtet. Denn heuer jähren sich der Ausbruch des I. Weltkrieges zum 100. Mal und im September zum 75. Mal der des II. Weltkrieges.

Es liegt an jedem einzelnen von UNS die Zeichen richtig zu deuten und dementsprechend zu reagieren, damit wir nicht in naher Zukunft die Anzahl der Weltkriege erweitern müssen,
meint Ihr LABg. GR Gerhard HASLINGER

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Post- und Bankenschließungen Lebensqualität sinkt!



In der letzten Ausgabe unserer Zeitung „Klartext Brigittenau“ befasste sich mein Kommentar mit der von der schwarzen Innenministerin – mit stillschweigender Zustimmung ihres Koalitionspartners SPÖ – verfügten Sperre der Polizeiinspektion Bäuerlegasse.

Und heute – nur wenige Monate später – muss ich Ihnen leider über die weitere Ausdünnung der Infrastruktur unseres Bezirks berichten: Da rollt einerseits eine Schließungswelle der Banken über die Brigittenau hinweg. So hat die Bank Austria ihre Filiale am Friedrich Engels-Platz bereits ebenso ersatzlos zugesperrt, wie die BAWAG ihre Zweigstellen am Allerheiligenplatz (Salzachstraße 2) und bei der Friedensbrücke (Wallensteinstraße 1).

Während absehbar ist, dass sich am Friedrich Engels-Platz zumindest ein Betreiber für einen Bankomaten findet, ist dies am Allerheiligenplatz derzeit noch mehr als fraglich. Gerade dort aber



bringt das Fehlen einer Möglichkeit zur Bargeldabhebung große Probleme für die zahlreichen Nahversorger im Grätzl mit sich.

Aber nicht nur Banken schließen Filialen in der Brigittenau, auch die Postämterschließungen in unserem Bezirk gehen munter weiter. Demnächst sperrt das Postamt in der Treustraße 22-24 zu. Nur ein geringer Trost ist dabei, dass die BAWAG-Filiale in der Wallensteinstraße 32 (beim Wallensteinplatz) dann auch als Postamt dienen soll.

Ja, und dass sich jetzt ausgerechnet Vertreter jener Partei, die die Schließung der Feuerwache Brigittenau (siehe den Artikel auf Seite 5 dieser Ausgabe) ebenso zu verantworten hat, wie gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner ÖVP das Zusperrn der Polizeiinspektion Bäuerlegasse – also der SPÖ – lautstark gegen die Bank- und Postamtssperrungen auftreten, darüber kann man sich nur mehr als wundern,

meint Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Gausam

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2014

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at
„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.
Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;
Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at
Titelbild: Quelle: Pfeiffer; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.
Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.
Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Bezirksparteitag der FPÖ-Brigittenau: LAbg. GR Gerhard Haslinger als Obmann bestätigt!



Ein bis zum letzten Platz gefüllter Festsaal und gute Laune zeichneten den Bezirksparteitag der FPÖ-Brigittenau am 9. September 2014 aus. Dabei haben die anwesenden Mitglieder in einer geheimen Wahl LAbg. GR Gerhard Haslinger erneut sehr deutlich das Vertrauen ausgesprochen. Lediglich eine ungünstige Stimme verhinderte den hundertprozentigen Zusage. Als Stellvertreter wurden Bezirks-

rätin Erika Landegger und Bezirksrat KO Michael Howanietz gewählt. Der alte und neue Bezirksparteiobmann bedankte sich in seiner Rede nicht nur über das große Vertrauen der Mitglieder, sondern kündigte auch einen harten Kurs gegen das ROT-Grüne-Regierungschaos in Wien an. „Die Brigittenau ist zu schön, um sich am Opfertisch einer fehlgeschlagenen Integrationspolitik wiederzufinden“

stellt Haslinger klar und deutlich fest.

Die FPÖ-Brigittenau steht Schulter an Schulter mit der Bevölkerung und gibt jenen eine Stimme, die durch die verheerende Stadtpolitik in ihrer Sicherheit und Lebensqualität gefährdet oder beeinträchtigt sind. Mit LAbg. GR Gerhard Haslinger und der geschlossenen Bezirksgruppe ist die FPÖ-Brigittenau für die Wien-Wahl 2015 bestens gerüstet!



Bootsflüchtlinge kontrollieren Drogenhandel in Brigittenau! Festgesetzte Suchtgiftszene am Handelskai ist ein Asylantenproblem!



Seit Jahren verkommen Brigittenauer U- und S-Bahnstationen sukzessive zu einem Hort von Drogendealern und Junkies. Das massive Aufkommen afrikanischer Suchtgiftdealer und Drogenkonsumenten machen den Bezirk entlang der U6 zu einem wienweit bekannten Drogenumschlagplatz. Speziell im Bereich Millenniumcity/Handelskai/Donaupromenade wird nicht nur ungeniert Suchtgift verkauft, sondern auch gleich konsumiert. Dabei bietet das Mobilklo beim Kinderspielplatz auf der Donaupromenade einen idealen Platz, um sich einen Schuss zu setzen. Viele Kellerabgänge, Garageneinfahrten oder Stiegenhäuser in der Umgebung werden als Konsumräume genutzt. Zurückgelassene Utensilien wie Spritzen, Putztücher, Verpackungsmaterial, aber auch Blutspuren sind Zeugen des verbotenen Treibens.

Die Folge ist, dass immer mehr Menschen Angst um ihre Kinder und Angehörigen haben. Polizeieinsätze stehen auf der Tagesordnung, da es nicht selten zu Bedrohungen seitens der Junkies gegenüber Anrainern und Passanten kommt. Ein besonders provokantes Verhalten liefert die Szene im U-Bahn-Lift gegenüber

unfreiwilligen Zeugen. Denn während des Suchtgiftdeals lachen sie den Menschen noch frech ins Gesicht.

Bei solchen Zuständen tut sich Mann/Frau schwer die Suchtgiftkonsumentinnen und -konsumenten als Kranke anzusehen und Verständnis für afrikanische Asylanten aufzubringen. Denn die kontrollierten oder festgenommenen Drogenhändler kommen fast ausschließlich aus Afrika und sind im Besitz eines „permesso di soggiorno“. Dabei handelt es sich um einen italienischen Aufenthaltstitel, der Bootsflüchtlinge berechtigt, sich ein Jahr lang in Europa aufzuhalten. Unverständlich ist dabei die Tatsache, dass diejenigen, die selbst dem Tod entkommen sind, diesen nur Monate später in Form von Drogen verbreiten. Wer die Flüchtlingszahlen kennt, der weiß auch, dass Festnahmen in der Szene keine Lücken hinterlassen. Der Nachschub von neuen Dealern ist kein Problem. Und wer zu oft angezeigt oder festgenommen wurde, der wird in ein anderes europäisches Land zum Dealen verbracht.

Es muss daher seitens der Politik gehandelt werden. Der Nationalrat ist als Gesetzgeber gefordert wirksame Rechtsvorschriften zu erlassen und Maßnahmen zu setzen, damit diesem todbringenden Treiben effektiv begegnet werden kann. Falsch ist in diesem Zusammenhang jedenfalls die Forderung der Sozialistischen Jugend Cannabis zu legalisieren.

Es muss das aktuelle Suchtmittelge-

setzt (SMG) insofern überarbeitet werden, dass „Helfen statt Strafen“ zwar eine Option bleibt, aber nicht wie derzeit vorgesehen verpflichtend vom Gericht angewendet werden muss. Auch die Straffreiheit bei Eigengebrauch gehört geändert, da diesen Vorteil auch Drogendealer als Rechtfertigung für mitgeführtes Suchtgift nutzen.

Weiters darf es bei Verurteilungen ausländischer Drogenhändler keine Milderungsgründe, wie „Unbescholtenheit“ oder „Ersttäterschaft“ geben. Denn wer sich erst kurz in Österreich befindet und vielleicht sogar illegal eingereist ist, kann leicht unbescholten sein. Auch bei Wiederholungstätern darf im Falle bedingt nachgesehener Haftstrafe nicht eine Verlängerung des Beobachtungszeitraumes erfolgen, sondern es hat der unverzügliche Strafantritt umgesetzt zu werden.

Die Exekutive ist sicher nicht dafür da, politische Fehlentscheidungen zu lösen. Auch tägliche Polizeipräsenz und konzentrierte Schwerpunktaktionen an den betroffenen Örtlichkeiten haben sich als wirkungslos erwiesen. Die FPÖ-Brigittenau wird daher all jene zur Stellungnahme auffordern, die durch ihre politische Haltung und den damit einhergehenden Fehlentscheidungen die Verantwortung für die skandalösen Zustände übernehmen müssen. Wir werden sehen mit welchen Versprechungen die Stadtregierungsparteien vor der Wien-Wahl aufhorchen lassen.

LAbg. GR Gerhard Haslinger



Auf dem Weg zum „Schuß“.



Blaues Licht gegen SG-Konsum.

BÜRGERVERSAMMLUNG

FPÖ-Brigittenau fordert zum Thema „Suchtgiftszene in der Brigittenau“ eine Bürgerversammlung

In den Sommermonaten haben sich viele verärgerte Brigittenauerinnen und Brigittenauer an die FPÖ gewandt und um Hilfe ersucht, da immer mehr Suchtgifthändler und Drogenabhängige in und um die Stationen von U- und S-Bahn im Bezirk anzutreffen sind. Da Polizeiaktionen nicht den gewünschten Erfolg bringen und sich die Stadt- und Bezirkspolitik als unzuständig betrachtet, wurde von der FPÖ-Brigittenau in der Bezirksvertretungssitzung am 17. September 2014 die Abhaltung einer „BÜRGERVERSAMMLUNG“ mit einer, laut Stadtverfassung ausreichenden, Mehrheit verlangt. Der Herr Bezirksvorsteher ist somit verpflichtet eine solche abzuhalten. Obwohl er und seine SPÖ, mit den Stimmen der GRÜNEN eine solche abgelehnt haben.

Wir erwarten uns davon, dass politische Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Land und Bezirk aber auch hochrangige Beamte der zuständigen Stellen die Bezirksbürgerinnen und Bezirksbür-

ger darüber aufklären, warum die Situation so ist, wie sie ist. Es sollten sich dazu auch MultiKulti-Phantasten äußern, wie sie die Situation mit armen Asylwerbern, die Drogen verkaufen, bewerten.

Wir hoffen, dass zu dieser Versammlung, die vermutlich im Haus der Begegnung stattfinden wird, viele Bezirksbürgerinnen und -bürger kommen, um über die Situation zu diskutieren.



Bezirksvorsteher
Hannes Derfler
SPÖ
ist gegen eine
Bürgerversammlung

Forderte die Schließung der Feuerwache Brigittenau ihr erstes Todesopfer?

Zwei Jahre nach Umsetzung der ungerechtfertigten Schließung der Feuerwache Brigittenau starb ein pflegebedürftiger Rentner an den Rauchgasen im Zuge eines Brandes genau in dem Häuserblock, in dem die Gruppenwache stationiert war.

Nach dem Notruf, kurz nach Mitternacht, waren zwar Polizeibeamte sehr rasch in der betroffenen Stiege, aber sie konnten nur wenig gegen den Brand und die Rauchgase unternehmen. Die Feuerwehr befand sich noch auf der Zufahrt als die Polizisten um WEGA-Kräfte mit Türöffnungsgeräten ersuchten, damit sie die Brandwohnung öffnen konnten. In Zuge dieses Einsatzes mussten tatsächlich Wohnungen über Ersuchen der Feuerwehr von der Polizei geöffnet werden.

Weder von SPÖ-Stadträtin Brauner noch von SPÖ-Gemeinderat Valentin wurde dazu eine Stellungnahme abgegeben, dabei äußerte sich Letztgenannter im SPÖ-Bezirksblatt so positiv über die Absiedlung der Feuerwache. Er versprach keine Verschlechterung für die Bezirkssicherheit, denn schließlich zog am

Standort in der Raffaelgasse das Sicherheitskompetenzzentrum der Helfer Wiens ein. Leider war dieses in der Nacht ebenso nutzlos, wie das dort abgestellte Fahrzeug des Samariterbundes.

Dafür sind die Warnungen der FPÖ vor solchen tragischen Ereignissen, die aber vehement von der SPÖ als eine Verunsicherung der Bevölkerung kritisiert wurden, eingetreten. Die Feuerwehr, die aus Döbling oder Leopoldstadt anrücken muss-

te, braucht aufgrund der Anfahrtswege viel mehr Zeit, als es die Gruppenwache Brigittenau benötigt hätte.

SPÖ-Stadträtin Brauner rechtfertigte die Schließung mit der Etablierung einer neuen Feuerweherschule in Wien und ließ in einer Ruck-Zuck-Aktion im April 2012 die Gruppenwache von Branddirektor Dr. Hillinger schließen. Der Skandal dabei ist aber, dass es bis heute keine Feuerweherschule in Wien gibt.



Die heile Welt sieht anders aus



Den Kindern wird die Zukunft gestohlen, jedenfalls ein Gutteil der Freude darauf. Es ist unmöglich zu erforschen, in welchem Ausmaß die täglich auf sie niederbrechenden Hiobsbotschaften jungen Menschen ihre – dank hiesiger Erdabkühlung und sommerlicher Verdunkelung – ohnedies trüben Tage versauern. Auch denen, die innerlich abschalten (wollen), Nachrichten meiden, sich von Politik und Alltagstrott abwenden. Die Realitätsflucht gelingt auch ihnen nicht wirklich, denn in der globalisierten Informationsgesellschaft kann kaum einer gänzlich aus der Flut an Reizen und „Breaking News“ aussteigen.

Und so tragen alle ihren Rucksack, in dem sich eingeschleppte Todesseuchen wie Ebola ebenso finden wie die Brandherde im Nahen Osten oder der Ukraine, vergiftete Nahrungsmittel oder das Artensterben. Um die Fülle des Unerfreulichen aufzuwiegen bräuchte es tagtäglich eine Schiffsladung an guten Nach-

richten. Die in Österreich aber weder der Wetterbericht noch die zumeist als rhetorische Trauerfeiern ablaufenden Sportsendungen liefern können. Ob Fußball oder ... sind Blamagen und Enttäuschungen an der Tagesordnung, positive Ausreißer so selten wie der Fund einer weißen Trüffel im Hausgarten.

Da der Strohhalm fehlt, an den sich Verzweiflung (dank allgemeiner Krisenstimmung) und Orientierungslosigkeit (dank nationalem Identitätsverbot und kollektiver Selbstaufgabe) klammern könn-

ten, und weil das Licht am Ende des Tunnels meist ein Irrlicht bleibt, driften viele Verzweifelte in Alkohol- und Drogenmissbrauch ab. In immer jüngeren Jahren. In immer größerer Zahl.

Diese Hilflosen aber, denen unsere Gesellschaft nicht mehr zu bieten hat als Kopfschütteln und Achselzucken, sollen nun genau dieser Gesellschaft Zukunft sein. Jene Zukunft, die dank Dauerberieselung mit Halbkatastrophen und Großproblemen vieles scheint, nur nicht rosig. Wie soll Hoffnung haben, der Hoffnung nie kennenlernen darf? Wie soll an das Gute glauben, der Gutes nicht einmal als Streiflicht wahrnimmt, zwischen dem Bombardement mit Dummheit, Leid und Verbrechen, das sich durch sogenannte Informationsprogramme ebenso zieht wie durch sogenannte Unterhaltungsprogramme?



BR Michael Howanietz
Klubobmann der FPÖ Brg.
Ansprechpartner für:
Umwelt, Bezirksentwicklung.

Massenelendsquartiere des „neuen Wien“



Brigittenauer Lände 58



Brg. Lände 58, im November 2013

ner Reinhalteverordnung, das Elektrotechnikgesetz, die Bauordnung und das Finanzstrafgesetz betreffen. Vergehen gegen sämtliche hier gelistete Gesetze wurden im Zuge von Kontrollen solcher Massenquartiere in Wien festgestellt und Behörden und / oder Staatsanwaltschaften / Gerichten angezeigt. Darüber gibt eine Anfragebeantwortung des Innenministeriums Auskunft.

In einschlägigen Medienberichten ist von „überhöhten Preisen“, „skrupellosen Personen“ und „wie Tieren gehaltenen“

Es liegt noch nicht lange zurück, als es auf der Brigittenauer Lände 58 brannte und im Zuge der nachfolgenden Erhebungen allerlei Ungereimtheiten um das Haus und seine Bewohner aufgedeckt werden konnten. Dort gemeldete Personen waren nicht und offenbar noch nie dort anzutreffen, nicht gemeldete Personen sonder Zahl dafür sehr wohl... Wie bei anderen Häusern dieser Art spricht man von einem „Massenquartier für ausländische Staatsbürger“. Auch solche, gegen die verwaltungs-, finanz- oder strafrechtlich ermittelt wird.

Und zwar wegen Tatbeständen, die das Meldegesetz, das Fremdenpolizeigesetz, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Strafgesetzbuch, die Wie-

Wolfsaugasse 2



Kluckygasse 15

Ausländern die Rede. Von den sonst so umtriebigen Nettmenschen der Republik ist über derart unwürdige Zustände aber auffallend wenig zu hören. Vermutlich deshalb, weil die Horrorhäuser, von denen es in Wien laut offiziellen Zahlen 21 geben soll, die Propaganda vom multikulturellen Paradies unterwandern. So, wie es die tägliche Realität der Wiener tut, die viel zu Multikulti zeigt, was aber kaum jemals mit einem Schlaraffenland zu tun hat.

Im 20. Bezirk finden sich übrigens – wen überrascht das noch in diesem Stück Ex-Wien – 3 solcher „Problemhäuser“, neben der Brigittenauer Lände auch in der Kluckygasse und in der Wolfsaugasse.



Stadt Wien stopft Budgetloch über Strafgeder!

2,7 Millionen Euro lukrierte im Vorjahr die Stadt Wien allein von Parksündern, die gegen das Parkmetergesetz verstoßen haben. Diese wichtige Einnahme hat dazu geführt, dass die Stadt Wien 413 Organe zur Parkraumbewirtschaftung eingestellt und der Polizei zur Fachaufsicht unterstellt hat. Rund 50 Damen und Herren bei der zuständigen MA 67 bearbeiten allein nur Einsprüche gegen Strafverfügungen und Berufungen. Denn hochgerechnet werden täglich an die 205 Strafzettel ausgestellt und damit eine Summe von rund 7.400 Euro eingenommen. Viele können oder wollen ihre Strafen nicht bezahlen und müssen daher eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen. 2013 waren es 47.083 Menschen.

Dass die Armut bei Autofahrerinnen und Autofahrern Einzug gehalten hat, kann manchmal auch am Zustand der Fahrzeuge wahrgenommen werden.



Während Fahrzeuge mit Kennzeichen für die Parksheriffs eine leichte Beute darstellen, stoßen sie bei abgestellten und nicht gemeldeten Schutt-Mulden an ihre Grenzen. Denn wie kann es anders sein, dass im 20. Bezirk allein in einer Woche 8 abgestellte Mulden wahrgenommen wurden, die wie auf unsere Nachfrage bekannt wurde, bei der Behörde nicht gemeldet waren, obwohl sie mehrere Tage auf öffentlichem Straßengrund standen.



Dies zeigt, dass es der Stadt Wien nicht um Rationierung des Parkraumes geht, sondern um reines Abkassieren bei den Autofahrern, um die Stadtkasse zu sanieren.

Wer 2015 **ROT** wählt wird **Rot/Grün** bekommen und somit eine autofeindliche Stadtregierung.

WKR-Ball einmal anders

Nachdem die Grünen nun seit fast 4 Jahren in der Wiener Stadtregierung sitzen, ihre Kritik über diese oder jene Ungeheimtheit z.B. das Wahlrecht betreffend flugs eingestellt haben, fühlen sie sich nunmehr, nebst Straßenzerstörungen und Ernennung von allerlei Beauftragten (der letzte ist ein Bettelbeauftragter) auch schon das zweite Jahr berufen, tief in die Fördertöpfe zu greifen und ein Kulturfestival nach ihrem Gusto zu gestalten.

Die diesjährige „WIENWOCHE“ hatte es in sich!

Auftakt war am 12. September, als zum sogenannten Wiener KOPULATIONSRINGBALL mit Natursektempfang(sic!) in die Wiener Hofburg geladen wurde.



Weitere Höhepunkte, die dem Steuerzahler in Summe **460.000 €** abverlangen, waren eine Ausstellung „MIGRATION MESSAGES“, ein Projekt „WIENERWARTEN“ oder ein Theaterstück (GAYGUSUZ vs. AUSTRIA) in dem dargestellt wird, wie man das böse Österreich schon vor Jahrzehnten dazu brachte Notstandshilfe zu bekommen.

Im Augarten fand unter dem Titel LOVE MIGRATION eine imaginäre, symbolische Massenhochzeit statt, welche die Schwierigkeit der Liebe und Hochzeit von Menschen unterschiedlichster Herkunft zeigen soll.

Bei einem weiteren Projekt HEIMATFILM vs. WORLD wurden Kurzfilme wie z.B. „Zerstörölogie“ von Fatih Guroy gezeigt und darüber diskutiert, wie noch verstärkt ausländische FilmemacherInnen zu staatlicher Filmförderung gelangen könnten.

Wer sich den ganzen Schwachsinn ausgedacht hat, sollte sich darüber klar sein, dass sich die meisten Migranten dadurch weder unterstützt noch vertreten fühlen und dem teuren Treiben früher oder später ein Ende setzen werden.

BR Susanne Chirkov



Zustelladresse: